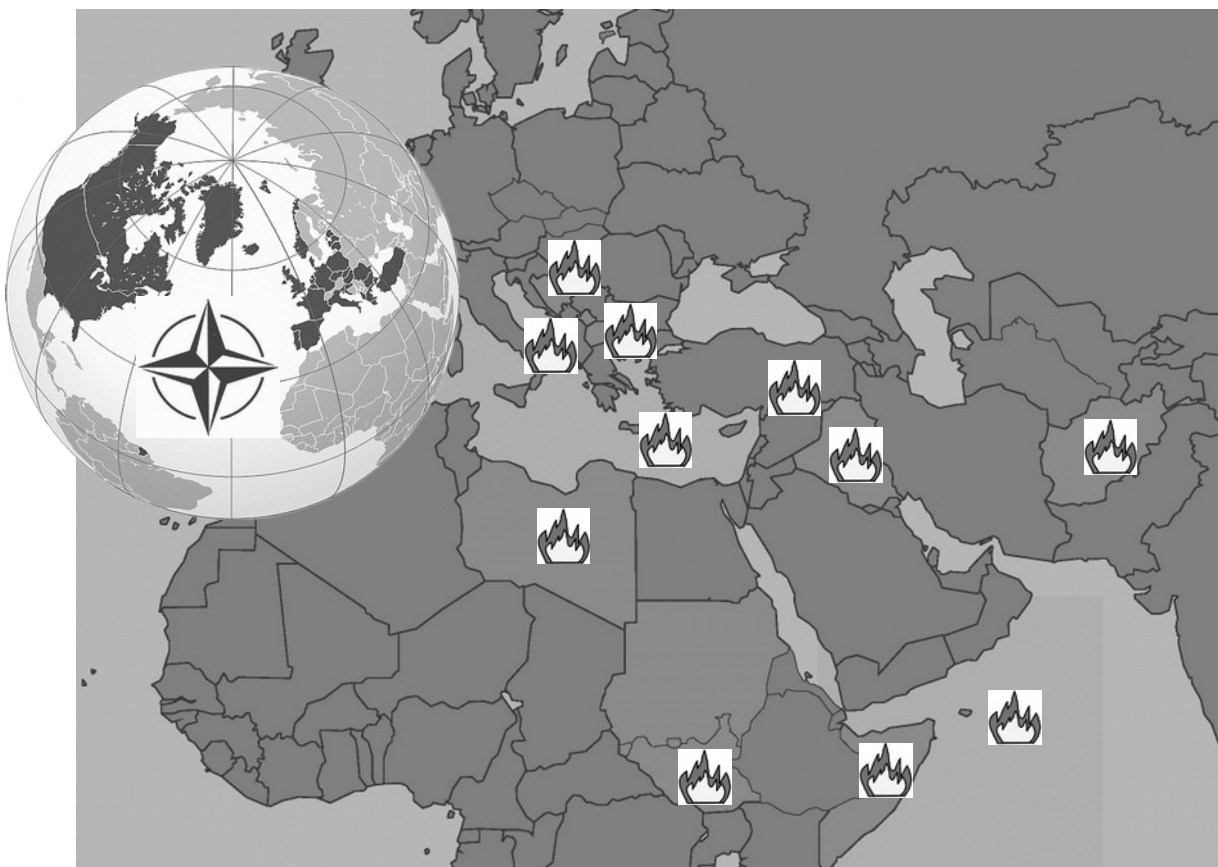


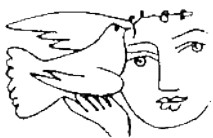


## Deutschland auf dem Weg zu „machtpolitischer Verantwortung“



NATO-Einsätze weltweit - Erläuterungen dazu auf Seite 5  
Grafik: IMI / Friedensjournal

- Deutschland auf dem Weg zu „machtpolitischer Verantwortung“
- Ukraine und Krim-Krise – Testfall für deutsche Einmischung
- Afghanistan: Staatswesen und NATO-Mission gescheitert
- Münchhausen–Projekt stellt Kriegslügen bloß
- Vor 15 Jahren: NATO-Bomben gegen fiktiven „Hufeisenplan“
- NATO-Kriegsführung im Inneren von Anfang an bis heute



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

März - April 2014/Nr. **2**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Deutschland auf dem Weg zu „machtpolitischer Verantwortung“ 3

Afghanistan: Staatswesen und NATO-Mission gescheitert 10

BRENNPUNKT

Ukraine und Krim-Krise – Testfall für deutsche Einmischung 6

BUCHBESPRECHUNG

NATO-Kriegsführung im Inneren von Anfang an bis heute 15

FRIEDENSBEWEGUNG

Münchhausen-Projekt stellt Kriegslügen bloß 12

Vor 15 Jahren: NATO-Bomben gegen fiktiven „Hufeisenplan“ 13

RUBRIKEN

NATO-Einsätze weltweit 5

Krim-Krise: Das deutsche Desaster 6

Das Möpschen bellt den Elefanten an 9

Wie man schlechte Situationen verschlimmert 11

Friedensnetz Baden-Württemberg 16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.03.14

Die nächste Ausgabe erscheint am: 10.05.14

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:  
[www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal)

ISSN 2193-9233

Herausgeber:  
Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
Tel.: 05 61 / 937 17574  
e-mail: [peter.strutynski@gmx.de](mailto:peter.strutynski@gmx.de)  
[www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)

Redaktion:  
Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, Ewald Ziegler  
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:  
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
60329 Frankfurt am Main,  
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951  
e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

Kontoverbindung:  
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
BIC: HELADEF1822

„Deutschland muss führen“

Liebe LeserInnen und Leser,

unter der Überschrift „Deutschland muss führen“ erschien am 21. Januar in der FAZ ein Beitrag von Volker Rühle, dem früheren Verteidigungsminister. Darin beklagt er eine „sicherheitspolitische Passivität“, die „[Deutschlands] Rolle als bevölkerungsreichster Staat Europas und als eine global führende Wirtschaftsmacht nicht entspricht“. Dieser Beitrag war nur ein Bestandteil eines jüngsten Trommelfeuers aus der politischen Klasse in unserem Land, das mit der Rede von Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz seinen vorläufigen Höhepunkt fand.

Jürgen Wagner fasst in seinem Beitrag die Entwicklung der letzten Monate zusammen, die eine höchst beunruhigende Weichenstellung zu einer deutlich aggressiveren, zunehmend militarisierten Außenpolitik beinhalten. Hierbei gibt es jedoch ein widersprüchliches Rollenverhalten der deutschen Außenpolitik innerhalb der NATO einerseits und als EU-Führungsmacht andererseits. Diese Widersprüche zeigen sich unter anderem im aktuellen Konflikt um die Ukraine sehr deutlich. Schließlich geht es hierbei nicht nur um eine Einbindung der Ukraine in die EU, sondern auch in die NATO. Bekanntlich war der gestürzte Präsident Janukowytch derjenige, der nach seiner Wahl 2010 von einem möglichen NATO-Beitritt abgerückt ist. Die Art und Weise, wie seitens der deutschen Politik mit allen Mitteln – bis hin zur Unterstützung faschistischer Kräfte – der Staatsstreich betrieben wurde, stellt eine neue Dimension für deutsch-europäische Weltpolitik dar. Unabhängig von dem tagespolitischen Fortgang des Konfliktes in der Ukraine und auf der Krim werden in dem Artikelbeitrag des Russlandexperten Kai Ehlers die Hintergründe analysiert.

Zum Sturz des Präsidenten Janukowytch beigetragen haben unter anderem die international verurteilten Scharfschützenmorde auf dem Maidan, die aber nach einigen Indizien von faschistischen Gewalttätern inszeniert wurden, was einer unabhängigen Aufklärung bedarf. Verwundern können solche Aktionen unter falscher Flagge keinesweg, zumal auch fast alle Kriegsanklässe mit derartigen Manipulationen und Lügen einhergehen. Andreas Buro hat deshalb ein Projekt „Münchhausen“ initiiert, das er in sei-

nem Beitrag kurz vorstellt. Darin geht es z.B. darum, regelmäßig eine „Lügendgeschichte des Monats“ zu publizieren. Wir stellen ergänzend zu seinem Beitrag in dieser Ausgabe die Lügendgeschichte des Monats März vor:

Am 24. März 1999 – vor 15 Jahren – begann die NATO-Aggression gegen Serbien. Entscheidende Voraussetzung für diesen ersten NATO-Krieg mit deutscher Beteiligung war eine systematische Lügenkampagne, die im Beitrag von Clemens Ronnefeldt dargestellt wird.

Im Ergebnis dieses Krieges erfolgte eine Abspaltung des Kosovo - gegen den energischen Widerstand Serbiens.

Wenn nun aktuell die USA und die EU Sanktionen gegen Russland wegen dessen Krim-Politik beschließen, geraten sie in eine Argumentationsfalle: Wer die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo begrüßt und mit der diplomatischen Anerkennung honoriert hat, kann schwer dasselbe Recht auf eine autonome Krimrepublik verwehren.

Die Friedensbewegung hat die Sezession des Kosovo für unvereinbar mit dem geltenden Völkerrecht gehalten und sieht das heute im Fall der Krim ähnlich. Eine Loslösung aus der Ukraine ginge nur einvernehmlich, nicht aber einseitig.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat auf diesen Widerspruch in einer Pressemitteilung vom 7.3.2014 hingewiesen.

Der längste und blutigste NATO-Einsatz in der Geschichte dieses Bündnisses sollte in diesem Jahr offiziell zum Abschluss kommen. Im Beitrag von Matin Baraki wird deutlich, dass ein Ende des Krieges aber keineswegs zu erwarten ist. Sicher ist nur: Auf ein offenes Eingeständnis des Scheiterns der NATO-Mission wird man in diesem Jahr vergeblich warten. Offenbar hängt zu viel für die NATO an diesem Einsatz, auch als Blaupause für künftige Militäreinsätze.

Ein Hindernis für die zunehmend militarisierte Außenpolitik ist immer noch, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Sinn von vermehrten Bundeswehr-Auslandseinsätzen nicht nachvollziehen kann. Damit es dabei bleibt, können wir alle zu Ostern bei den traditionellen Ostermärschen wieder ein Zeichen setzen.

Die Redaktion

# Deutschland auf dem Weg zu „machtpolitischer Verantwortung“

von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen

Im Mittelpunkt der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz stand der Versuch, der deutschen Bevölkerung den Sinn eines Elitenkonsenses einzuhammern, der sich schon seit einiger Zeit herausgebildet hat. Angeführt von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird gefordert, Deutschland müsse seine – angebliche – „Kultur militärischer Zurückhaltung“ ad acta legen und eine offensivere (militärische) Außenpolitik betreiben.

## „Neue Macht – neue Verantwortung“

Natürlich bricht diese Debatte jetzt nicht aus heiterem Himmel über uns herein, vielmehr wurde sie von langer Hand vorbereitet. Wesentlich hierfür war das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“, das im September 2013 von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und dem „German Marshall Fund“ veröffentlicht wurde. Die Kernforderung des von 50 führenden Mitgliedern des außen- und sicherheitspolitischen Establishments erarbeiteten Pamphlets lautet, Deutschland müsse aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe auch mehr (militärische) Verantwortung in der Welt übernehmen:

*„Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“*

Deutschland habe ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und habe hierfür als eine der Führungsmächte des Systems künftig größere Verantwortung zu tragen, so die Kernaussage des Papiers.

Ein Dissens herrschte zwischen den einzelnen an der Erstellung des Papiers beteiligten Exponenten deutscher Großmachtambitionen dabei lediglich, ob militärische Gewalt ausschließlich mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfe oder – natürlich nur im „Ausnahmefall“ – auch ohne.

Über die grundsätzliche Frage, dass nämlich „Störer“ des für Deutschland so hochprofitablen Systems gegebenenfalls militärisch zur Ordnung gerufen werden müssen, herrschte traute Einigkeit:

*„Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streit-schlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“*

## Außenpolitik der Großen Koalition: zu 100% Konsens

Etwas verklausuliert flossen diese Konstrukte auch in den neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD mit ein.

Bei den vorausgegangenen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD wurde zum außen- und sicherheitspolitischen Teil vergleichsweise wenig berichtet. Dies war sicherlich der Tatsache geschuldet, dass es augenscheinlich so gut wie keine Streitpunkte zwischen CDU/CSU und SPD gab.

Schon über die mitten im Verhandlungsprozess vorgelegte Koalitionsvereinbarung, die später nahezu eins zu eins in den Koalitionsvertrag übernommen wurde, hieß es in der FAZ (6.11.2013):

*„In der Außenpolitik haben die Koalitionsunterhändler [...] fast vollständig vom selben Blatt gesungen. Die Positionen und Standpunkte [...] unterscheiden sich nur noch in ganz wenigen Punkten.“*

Einig war man sich nicht nur darin, die Militarisierung Deutschlands ziel-

strebig weiter voranzutreiben, sondern diese Maßnahmen darüber hinaus in einem neuen Duktus „Machtpolitischer Verantwortung“ einzubetten.

Als wesentlichen „Fortschritt“ machte die FAZ in dem oben bereits zitierten Artikel die im Gegensatz zu früheren schwarz-roten Papieren inzwischen offen reklamierten Großmachtambitionen aus:

*„Einen Unterschied zum Koalitionsfundament des Jahres 2005 markiert die außenpolitische Präambel des aktuellen Entwurfes. Die Formulierungen markieren einen Abschied von der Kultur außenpolitischer Zurückhaltung, die frühere Grundsatztexte prägte. Stattdessen haben die Teilnehmer, wie es aus der Verhandlungsrunde heißt, eine selbstbewusste Rolle Deutschlands beschrieben, die mit dem Bekenntnis beginnt, die Bundesregierung wolle die globale Ordnung aktiv mitgestalten.“*

## von der Leyen: „Familienfreundliche Bundeswehr“

Auf dieser Basis wurde dann sehr offensiv gegen die „Kultur militärischer Zurückhaltung“ zugunsten einer „Kultur kriegerischer Verantwortung“ getrommelt. An vorderster Front agiert dabei die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, der mit der „Attraktivitätsoffensive“ für eine familienfreundlichere Bundeswehr ein „spektakulärer Start“ geglückt war (Der Spiegel, 20.01.2014). Mit der Initiative soll gewährleistet werden, dass die Bundeswehr auch künftig trotz aktueller Rekrutierungsprobleme an ausreichend neue Soldaten gelangt. Dies erscheint umso dringender, weil von der Leyen kurz darauf recht unmissverständlich klar machte, dass sie beabsichtigt, die Bundeswehr künftig häufiger zur Durchsetzung deutscher Interessen ins Ausland zu schicken: „Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich für mehr Bundeswehr-Einsätze in Krisenregionen ausgesprochen. Deutschland müsse im Rahmen der Bündnisse mehr internationale Verantwortung übernehmen – ‚schon allein aus humanitären Gründen‘, sagte die Ministerin.“ (t-online news, 26.01.2014)

Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz 2014 in München



Quelle: blu-news.org (Flickr)

### Nicht mehr „Kultur militärischer Zurückhaltung“

Verantwortlich gemacht für besagte und viel gescholtene „Kultur militärischer Zurückhaltung“ wird allenthalben Ex-Außenminister Guido Westerwelle, der teils äußerst heftig attackiert wurde. Aus diesem Grund ging dieser mit einem Interview in der Welt (10.11.2013) mit seinen Kritikern folgendermaßen ins Gericht:

*„Ich bin in meinem politischen Leben oft dafür kritisiert worden, dass ich mich mehrmals gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Interventionen gestellt habe. Aber wie ist denn heute die Lage im Irak? Oder in Libyen? Ich kann nicht sehen, warum eine politische Reifung des wiedervereinigten Deutschlands mit mehr militärischen Interventionen einhergehen muss. Politische und diplomatische Lösungen haben für mich Vorrang. Wir sollten bei der Kultur der militärischen Zurückhaltung bleiben. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Die Pickelhaube steht uns nicht.“*

Ganz sicher handelt es sich um eine grobe Vereinfachung der Realität – weder war Westerwelle selbst noch Deutschland als Ganzes während der letzten Jahre ein „Pazifistischer Abstinenzler“. Diplomatisch spielte Deutschland etwa in den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm und auf anderen Feldern eine führen-

de Rolle. Und militärisch war man unter anderem als drittgrößter Truppensteller in Afghanistan ganz vorne mit dabei. Selbst die Kriege – etwa in Libyen oder im Irak –, an denen sich vermeintlich nicht beteiligt wurde, wurden verdeckt in der ein oder anderen Form unterstützt, die katastrophalen Resultate sind bekannt. Vor diesem Hintergrund beschwert sich auch ein Kommentar in der FAZ (01.02.2014):

*„Alle machen mit, bis zum Bundespräsidenten. Was soll das? Deutschland war im Kosovo-Krieg dabei, hat seit mehr als einem Jahrzehnt viele tausend Soldaten am Hindukusch. Die Bundeswehr hat dort Tanklasten bombardieren lassen mit zahlreichen zivilen Opfern, hat viele eigene Soldaten verloren. Deutsche Truppen haben eine Wahl im Kongo gesichert und kämpfen vor der Küste Ostafrikas gegen Piraterie. Jetzt zu behaupten, wir müssten endlich unsere Zurückhaltung aufgeben und uns mehr einmischen, ist Unsinn.“*

### Politik gegen eine wider-spenstige Bevölkerung

Es geht also demzufolge vor allem darum, auf diese Politik noch einmal ordentlich etwas draufzusatteln. Die aktuellen Bemühungen in diese Richtung leiden aber unter einem eklatanten Schönheitsfehler: Einer aktuellen Umfrage zufolge hat man es bislang

nicht geschafft, die Bevölkerung vom Sinn häufigerer Militäreinsätze zu überzeugen: Die meisten Deutschen sind nach wie vor gegen eine Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, wie es aus aktuellen Meinungsumfragen hervorgeht. Angesichts dieses Problems war schon vor der Münchner Sicherheitskonferenz klar, dass Bundespräsident Gauck es als seine Aufgabe erachtete, in seiner Eröffnungsrede die Bevölkerung vom Sinn des ganzen Unterfangens zu überzeugen:

### Verantwortung predigen – Imperialismus ausschenken

Mit einem schier unerträglichem Pathos bemühte sich der Bundespräsident in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz penetrant darum, das „gute“ heutige vom „schlechten“ nationalsozialistischen Deutschland abzusetzen:

*„Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei.“ Und weil Deutschland ganz grundsätzlich geläutert sei, könne nun auch mit einem lange dominierenden, heute aber überholten Pazifismus gebrochen werden, so die Kernbotschaft, die augenscheinlich auch genau so verstanden wurde: „[Gauck] erkannte an, dass militärische Beiträge von Deutschland wegen seiner historischen Schuld aus der Zeit des Nationalsozialismus lange nicht verlangt worden seien. Doch nun dürfe Pazifismus kein Deckmantel für Bequemlichkeit werden.“ (FAZ, 31.01.2014).*

Darüber hinaus lieferte Gauck in seiner Rede zwei konkrete Begründungen, weshalb Deutschland künftig häufiger zur Waffe greifen müsse:

### „Schutzverantwortung“

Einmal postuliert er unter Rückgriff auf das „Konzept der Schutzverantwortung“ eine moralische Pflicht, im Falle von schweren Menschenrechtsverletzungen militärisch einzugreifen: „Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen.“ Die vielfältigen Bedenken gegenüber diesem Konzept, insbesondere dass damit versucht wird, die völkerrechtlich bis-

lang extrem engen Grenzen für die Anwendung militärischer Gewalt aufzuweichen, wodurch es Großmächten erleichtert würde, ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen, streifte Gauck nur am Rande. Solche Bedenken seien zwar berechtigt, aber hierfür gebe es eine einfache Lösung:

„[E]s gilt, den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar imperialen Zwecken auszuschließen.“

Und gleich im nächsten Satz präzisiert der Bundespräsident, welches Land aus seiner Sicht geradezu dazu prädestiniert ist, einen solchen Missbrauch zu vereiteln – ja, man ahnt es bereits: das geläuterte Deutschland:

„Ich begrüße deshalb, dass sich die Bundesregierung an der Fortentwicklung des Konzepts beteiligt und dabei besonders auf Prävention, auf internationale Zusammenarbeit sowie auf die Entwicklung von Frühwarnsystemen gegen Massenverbrechen setzt.“

### „Verantwortung für Stabilität des globalen Systems“

Als zweite Begründung für eine ambitioniertere militärisch gestützte Politik führt Gauck an, Deutschland trage als

einer der ökonomisch mächtigsten Staaten in der Welt eine Verantwortung für die Stabilität des globalen Systems, von dem es ja schließlich mit am meisten profitiere:

„Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. [...] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. [...] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. [...] Auch wer nicht handelt, übernimmt Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender.“

### „Störanfällige“ imperiale Ausbeutung

Zweifelloos ist es richtig, dass Deutschland von diesem System profitiert – und damit an der Ausbeutung und Unterprivilegierung von Milliarden Menschen aktiv beteiligt ist. Und zweifellos ist dieses System „störanfällig“ – es mit militärischen Mitteln notdürftig zu stabilisieren, stellt dabei aber einzig den Versuch dar, die herrschenden Ungerechtigkeiten aufrecht zu erhalten. Und wie man mit „Störern“ des für Deutschland so hochprofitablen Systems umzugehen gedenkt, dafür reicht ein Blick in das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“, mit dem der von Gauck nun der Öffentlichkeit präsentierte Konsens der Eliten erstmals prominent zum Ausdruck gebracht wurde:

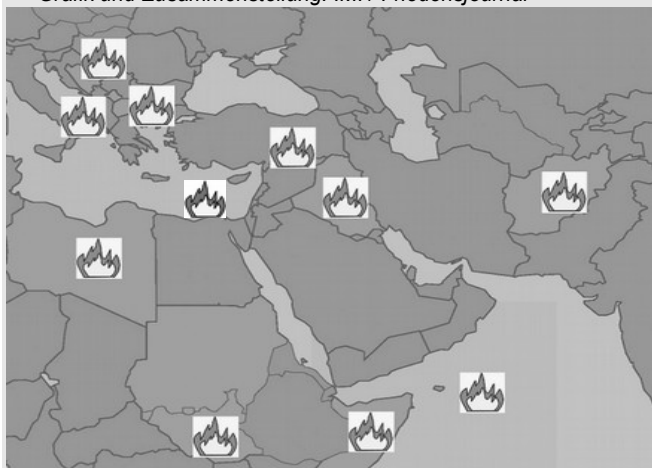
Es steht zu hoffen, dass wenigstens die bislang skeptische Bevölkerung dem Bundespräsidenten und seinem Geschwätz nicht auf den Leim geht. Denn der ehemalige Pfarrer predigt zwar Moral und Verantwortung – ausgeschenkt werden aber Imperialismus und Krieg.

Weitere Infos:  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

(u.a.: IMI-Fact-Sheet: Kriegsbündnis NATO)

## NATO-Einsätze weltweit

Grafik und Zusammenstellung: IMI / Friedensjournal



Mittelmeer: ab 2001 Operation Active Endeavour (OAE) für „maritime Sicherheit“ („illegale Migration, „Terroristen“)

Horn von Afrika: ab 2009 Operation Ocean Shield militärische Pirateriebekämpfung an Handelsrouten

Weitere zahlreiche Einsätze, wie z.B. im Sudan: AMIS von 2005 bis 2007 in Somalia: Unterstützung der AMISOM

Bosnien-Herzegowina: ab 1995 IFOR/SFOR

Kampfeinsatz durch Bombardierungen 1994, nach Dayton-Vertrag 1995 IFOR mit 57.000 Soldaten, ab Ende 1996 SFOR. Übergabe an UN-Mission Althea 2004

Kosovo: ab 1999 KFOR

nach dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien Anfangs ca. 50.000 Soldaten, aktuell ca. 5.000

Mazedonien: Essential Harvest u.a.

zwischen August 2001 und März 2003 drei NATO-Missionen, um das Land zu „stabilisieren“

Türkei/Syrien: ab Dezember 2012

Stationierung von Patriot-Raketen der Bundeswehr an der türkisch/syrischen Grenze

Irak: NTM-1 und Operation Display Deterrence

Unterstützung des von den USA geführten Krieges durch AWACS-Flugzeuge sowie „NATO Training Mission in Iraq“ für irakische Regierungstruppen

Afghanistan: ab 2003 ISAF

zeitweilig bis zu 150.000 Soldaten aus 50 Staaten im Einsatz, vor allem NATO-Staaten

Libyen: 2012 Operation Unified Protector

NATO-Krieg vom März bis Oktober 2012 mit 26.500 Lufteinsätzen, davon 9.700 Bombardierungen

## Krim-Krise: Das deutsche Desaster

Kolumne von Jakob Augstein (S.P.O.N. - Im Zweifel links)

Deutschland ist "zu groß, um die Weltpolitik nur zu kommentieren." Frank-Walter Steinmeier hat das neulich gesagt. Jetzt sehen wir, was der Außenminister meint. In Kiew hat Deutschland nicht nur kommentiert, sondern sich tätig eingemischt. Das Ergebnis ist ein diplomatisches Desaster.

Waren Steinmeier und Kanzlerin Merkel unbedarft, oder wollten sie besonders raffiniert sein? Wollten sie den Ukrainern helfen - oder den Schurken Putin in seine Schranken weisen? Beide Rechnungen werden nicht aufgehen. Spaltung oder Krieg - die Ukrainer werden einen hohen Preis dafür zahlen, dass sie den Verlockungen des Westens erlegen sind. Auch Deutschland trägt dafür Verantwortung. [...]

Was hat man im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt von Russland erwartet, als man das Angebot eines EU-Assoziierungsabkommens mit Kiew betrieb? Als man die ukrainische Opposition ermunterte, gegen den - immerhin gewählten - Despoten Janukowitsch aufzustehen? Als man die Putschregierung - so muss man die neuen Herren von Kiew wohl nennen - ohne Zögern anerkannte?

Wie sah es wohl für russische Augen aus, als der amerikanische Senator John McCain im Dezember von der Tribüne des Unabhängigkeitsplatzes in Kiew hinabrief: "Ukrainisches Volk! Das ist euer Moment! Die Freie Welt ist mit euch! Amerika ist mit euch!" Und wie sah es für russische Augen aus, als der Boxer Klitschko und die Gas-Oligarchin Timoschenko sofort nach dem Staatsstreich eine Einladung zum bevorstehenden Treffen der Europäischen Volkspartei nach Dublin erhielten? [...]

Quelle: Spiegel Online – 03.03.2014

## Ukraine und Krim-Krise – Testfall für deutsche Einmischung

von Kai Ehlers, Journalist, Hamburg

Die Ukraine steht im Spannungsfeld unterschiedlichster globaler Interessen. Doch von welcher Seite aus erfolgte bei den jüngsten Zuspitzungen tatsächlich eine Einmischung von außen? Welche Chancen bestehen, eine Spaltung der Ukraine zu verhindern – unabhängig von der drohenden Krim-Abspaltung? Und inwieweit ist dieses von den „Global Playern“ abhängig?

herrschten Gesellschaft. Der Charakter der Proteste war seinem Wesen nach spontan, unorganisiert und politisch diffus, von seiner Grundstimmung her sogar unpolitisch, zumindest von tiefem Misstrauen gegenüber politischen Ideologien und Vereinnahmungsversuchen geprägt.

Aus dieser Perspektive waren die Majdan-Proteste, einschließlich ihrer militanten Spitzen, Ausdruck einer allgemeinen, globalen Bewegung gegen die Ausplünderung lokaler Bevölkerungen durch das internationale Kapital. Instrumente dieser Ausplünderung sind die diversen Freihandelsabkommen, in denen sich die Deregulierungs-Politik der Multinationalen Konzerne bewegt. In der Ukraine wird diese Ausplünderung heute in der Form der extrem korrupten Oligarchisierung wahrgenommen.

### .... zum Umsturz mit Faschisten ....

Für die Vertreter der Parteien Julia Timoschenkos, Vitali Klitschkos und Oleg Tiagnibogs, ging es bei den Protesten um die nationale Einigung der Ukraine. Der Vorwurf an den Kurs des gestürzten Präsidenten Viktor Janukowytsch gipfelte folgerichtig in dem des nationalen Verrats, extrem vorgebracht durch den erklärten Nationalisten Tiagnibog, der mit seinem rechtsnationalen bis offen faschistischen auf-tretenden Anhang die extremste Posi-

tion vertritt: ‚Ukraine den Ukrainern‘. Dieses Motto ist im Kern selbstverständlich nicht nur eine anti-russische, es ist auch eine gegen die Europäische Union, es ist schließlich eine gegen alles „Fremde“ gerichtete Position.

Seit die Allianz aus prowestlichen Neoliberalen, „Nationalrevolutionären“ und Kämpfern der offen faschistischen Rechten die Macht in der Ukraine an sich gerissen hat, frisst der Impuls des nationalistischen Furors sich in ständig sich wiederholenden fraktalen Wellen von der Landesebene in die Regionen, von den Regionen noch einmal in deren lokale Besonderheiten hinein.

Er ist das Produkt der wahllosen Bündnispolitik der Oppositions-Troika Jazenjuk, Klitschko und Tiagnibog mit der offenen Rechten, das Produkt der Annullierung des Gesetzes, das sprachlichen Minderheiten das Recht auf eine zweite Amtssprache gab, wo die Bevölkerung einer Region zu mehr als 10% nicht Ukrainisch spricht, das Produkt der Annullierung des Verbotes faschistischer Propaganda, der Übergabe von entscheidenden Ministerposten (Sicherheit, Generalstaatsanwaltschaft, Agrarsektor, Bildung,) in der neuen Regierung an führende Gestalten des offen faschistischen „rechten Sektors“.



Quelle: <http://therecphoenixapl.org>

Foto: Rechtsextreme Schlägertrupps in der Ukraine

### Vom berechtigten Protest der Bevölkerung ....

Für die Menschen, die sich über Monate auf dem Majdan versammelten, ging es um Forderungen nach einer Verbesserung des alltäglichen Lebens, nach gesicherten Arbeitsplätzen, nach sozialer Gerechtigkeit, nach einem Ende der allseits verbreiteten Korruption einer von wenigen Oligarchen be-

**Konfliktherd Krim**

Russland ist durch seine enge geschichtliche, sprachliche und wirtschaftliche Beziehung zur Ukraine in unmittelbare Mitleidenschaft und Verantwortung in dem Konflikt gezogen. Das betrifft vor allem die russischsprachigen Regionen der Ukraine im Osten und im Süden, die durch die Annullierung des Sprachgesetzes in Aufruhr geraten sind.

Das trifft in ganz besonderem Maße die Krim als, man könnte beinahe sagen, russische Enklave. Sie war 1954, als Chruschtschow sie aus einer Laune der Ukraine zuschlug, ein Sonderfall im Staatskörper der Ukrainischen Sowjetrepublik und blieb dies auch nach deren Unabhängigkeitserklärung 1991. Heute hat sie nicht nur den Status einer autonomen russischsprachigen Region, sie ist zugleich Heimat einer von ihrer Deportation unter Stalin traumatisierten tatarischen Minderheit.

Zudem ist die Krim durch die Stationierung der Russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol politisch eng an Russland gebunden. Der Stationierungsvertrag zwischen Russland und der Ukraine gilt bis 2042. Unruhen zu unterbinden, die unter der gegenwärtigen ukrainischen Übergangsregierung entstehen, welche nicht durch allgemeine Wahl legitimiert, nicht durch internationale Vermittler in einem Kompromiss gefunden wurde, sondern unter Bruch dieses Kompromisses sich selbst ermächtigte, ist somit nicht nur Russlands Interesse, sondern auch dessen vertragliches Recht.

Kai Ehlers

**.... bis zum Krim-Konflikt**

Am 1.3.2014 haben Moskauer Duma und Föderationsrat einstimmig Putins Antrag zugestimmt, russisches Militär auf dem Gebiet der Ukraine, präziser, auf der Krim, einsetzen zu dürfen. Wörtlich wurde beschlossen und auf der Website des Kreml veröffentlicht:

*"In Verbindung mit der außerordentlichen Situation, die sich in der Ukraine entwickelt hat, der Lebensgefahr für die Bürger der Russischen Föderation, unserer Landsleute und der Angehörigen der Einheiten der russischen Streitkräfte, die nach internationalem Recht auf dem ukrainischen Territorium (autonome Republik der Krim) eingesetzt sind, unterbreite ich hiermit dem Obersten Föderalen Sowjet (entsprechend der Verfassung, KE) den Vorschlag zum Einsatz bewaffneter Truppen Russlands auf dem Territorium der Ukraine bis die soziale und politische Situation in diesem Lande sich normalisiert hat."*

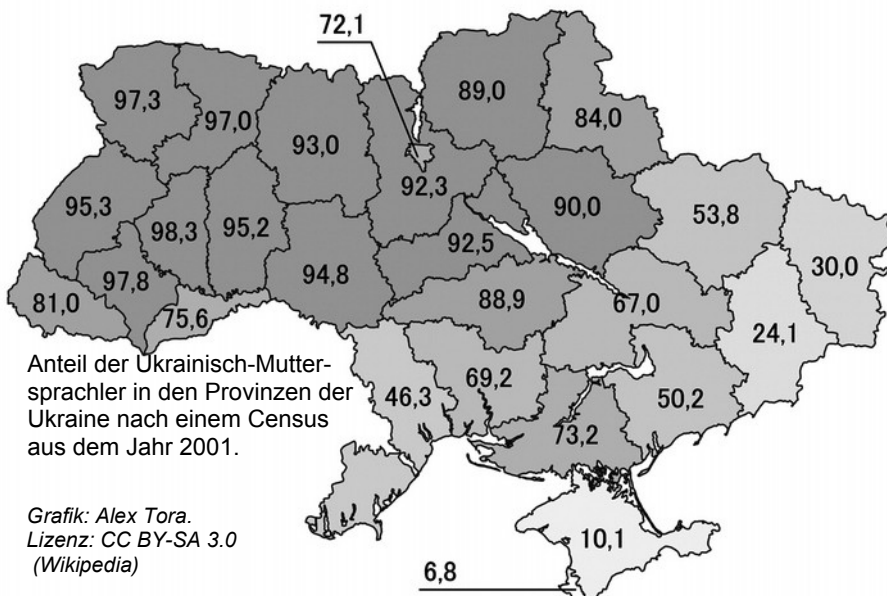
Wer jetzt Invasion, Besetzung oder gar Annexion ruft, hat den Text nicht richtig gelesen und auch die darauf folgenden Ereignisse nicht richtig verfolgt oder will es nicht: Nicht Eskalation der inneren Situation in der Ukraine zum Bürgerkrieg und nicht die Verschärfung der äußeren Konflikte zu einem Stellvertreterkrieg auf ukrainischem Boden ist Ziel dieses Beschlusses; er kann im Gegenteil als Signal der Deeskalation in der aufgeheizten ukrainischen Situation angesehen werden, die sich wie ein Lauffeuer zum Bürger-

kriegs zwischen ukrainischen und russischen Nationalisten und dazu noch randständigen ungarischen, rumänischen, bulgarischen und weiteren Minderheiten auszuweiten droht.

Es geht in der Entschließung des russischen Föderationsrates, um auch dies noch anzufügen, ganz sicher nicht um eine Spaltung der Ukraine, weder um eine Abspaltung der Krim, noch um eine Spaltung des Landes entlang der ukrainisch-russischen Sprachgrenzen. Eine Spaltung der Ukraine, selbst eine Abspaltung der Krim, liegt nicht im russischen Interesse, genauso wenig, wie im Interesse der EU. Russland kann mit einer halbierten Ukraine, auch wenn im Russland zugeneigten östlichen Teil des Landes die Schwerindustrie konzentriert ist, nicht in Frieden leben, solange der ukrainische Nationalismus Anspruch auf die „nationale Revolution“ der ganzen Ukraine erhebt. Für die EU ist ein vom Osten abgespaltener Ukrainischer Westen als Partner uninteressant, mehr noch, es wäre eine weitere Belastung zu den bereits vorhandenen Nöten aus den letzten Erweiterungsrunden, insbesondere der letzten, Rumänien, Bulgarien. Interessant für das um die EU herum von ihren Erweiterungsstrategen in Aussicht genommene Szenario ist nur eine ungeteilte ganze Ukraine, deren natürliche Ressourcen mitsamt ihrer Industrie ausgeplündert werden können – und selbst die eine ganze Ukraine nicht etwa als Bestandteil der EU, sondern als assoziierter „cordon sanitaire“.

**Massive Einmischung: Deutschland und die EU**

Hört man die Vertreter und Vertreterinnen der Europäischen Union, insbesondere Deutschlands wie auch die der übrigen „freien Welt“, wie sie in besonders deutlicher Form auch auf der kürzlich durchgeführten Münchner Sicherheitskonferenz zu vernehmen waren, dann ging es in der Ukraine darum, ein „Regime“ zurückzukämpfen, das den Menschen der Ukraine durch seine Weigerung, sich der EU per Assoziierungsvertrag anzuschließen, den Weg zu Wohlstand und Freiheit und überhaupt in die „Moderne“ versperre und sie der Herrschaft eines neo-imperialen autoritären Russland unterwer-



Grafik: Alex Tora.  
Lizenz: CC BY-SA 3.0  
(Wikipedia)

fen wolle. Zur Durchführung der „demokratischen Transformation“ der Ukraine hielt man es für gerechtfertigt, direkt in die laufenden Konflikte des Landes mit dem Ziel einzugreifen, den gewählten Präsidenten und seine Regierung zu stürzen – dabei reichte das Eingreifen vom Aufbauen eines Kandidaten Klitschko über direkte Teilnahme von eigenen Regierungsvertretern an den Protesten bis hin zu Gesprächen mit den Nationalisten um Tiagnibog. Das ist imperiale Interventionspolitik pur. Sie unterscheidet sich von den bekannten US-Interventionen allein dadurch, dass sie nicht gegen erklärte „Schurkenstaaten“ irgendwo auf dem weiten Globus von den USA, sondern im Bereich eurasischer Bündnispolitik und dort von einer sich neo-imperial gebärdenden EU durchgeführt wird.

### **US-Interessen: NATO-Osterweiterung**

Der umstrittene EU-Assoziierungsvertrag beinhaltet auch den Ausbau der militärischen Kooperation. Dieses schürt natürlich russische Ängste angesichts eines immer noch offenen NATO-Beitritts der Ukraine, eine Option, die vom gestürzten Präsidenten Janukowytsch nach seiner Wahl in 2010 abgelehnt wurde. Erinnerung muss an dieser Stelle auch daran, dass die USA als NATO-Führungsmacht die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa nach wie vor vorantreibt, das voraussichtlich 2015 im rumänischen Deveslu einsatzbereit sein wird. Offiziell soll dieses gegenüber sogenannten Schurkenstaaten wie den Iran gerichtet sein – trotz der mittlerweile erfolgenden politischen Annäherung zum Iran. Eine verbindliche Zusage der USA, dass dieses nicht gegen Russland gerichtet sein soll, wird nach wie vor verweigert.

### **Russische Interessen: aus defensiver Position**

Glaubt man der russischen Politik, dann geht es um die Sicherung des eurasischen Friedens und darum, ein friedliches Miteinander von Europäischer Union und Eurasischer Union zu ermöglichen und dabei einen Integrationswettbewerb zu vermeiden. Eine Ukraine, die sich in einem von Lissabon bis Wladivostok reichenden Freihandelsraum nach ihren eigenen Interessen frei ver-

binde, sei dafür die unerlässliche Voraussetzung, erklärte der russische Außenminister Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Eini-ges spricht dafür, dass Russland aus einer solchen defensiven Perspektive heraus handelt. Anders machen die bedingungslosen Kreditzusagen und übrigen Hilfsangebote an die Ukraine für Russland keinen Sinn. Russland, kann sich chaotische, gar „revolutionäre“ Entwicklungen in seinem enge verbundenen Nachbarland nicht erlauben. Andererseits ist die Abhängigkeit der Ukraine von offenen Grenzen zu Russland und damit von Russlands Vormacht im Eurasischen Raum nicht zu übersehen.

### **Strategische Interessen auch seitens Chinas**

Zum Integrationskonflikt zwischen den o.g. Mächten kommt schließlich noch das neu zu beobachtende Interesse Chinas an der Entwicklung einer „Neuen Seidenstraße“ hinzu, die in die Ukraine und von dort in die Europäische Union hineinführen soll. Schon im September 2013 war im „Handelsblatt“ zu lesen, dass das chinesische Staatsunternehmen „Xinjiang Production and Construction Corps“ mit dem ukrainischen Agrarkonzern KSG Agro eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben habe. In einem ersten Schritt erhalte China Zugriff auf 100.000 Hektar Land, letztlich sollten es dann drei Millionen Hektar werden. Diese Fläche entspräche etwa einem Viertel des gesamten Ackerlandes in Deutschland. Anfang Dezember 2013 schloss Janukowytsch in Peking weitergehende Verträge für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Luft-, und Schifffahrt sowie Energie und Straßenbau ab. Ein paar Tage später warf die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua dem Westen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates vor.

### **US-Altstrategie Brzezinski: Immer noch der Vordenker**

In den Erwägungen der Geostrategen nimmt die Ukraine unter den skizzierten Bedingungen mehr noch als je zuvor eine Schlüsselstellung ein. US-Altstrategie Brzezinski hat daraus Zeit

seines Wirkens kein Geheimnis gemacht. Seit Jahrzehnten erklärt er, dass die Ukraine der entscheidende Baustein sei, der aus dem Integrationsbereich Russlands herausgebrochen werden müsse, wenn die USA ihren Einfluss auf Eurasien und damit ihre globale Hegemonie sichern wollten. Denn: Wer Eurasien beherrsche, beherrsche die Welt. Neuerdings – soeben noch einmal vorgetragen auf der Sicherheitskonferenz in München, wo er Teilnehmer eines „Panels“ mit Klitschko war – möchte Brzezinski Russland allerdings nicht mehr ausschließen wie bisher oder sogar teilen, sondern als Junior-Partner eines sich erweiternden westlichen Bündnisses umarmen. Es soll helfen die durch China, Indien, überhaupt Asien in Frage gestellte westliche Hegemonie zu verteidigen und das „politische Erwachen der Völker“, das in Chaos zu führen drohe, in einem globalen ordnungspolitischen Rahmen zu halten. Der Ukraine ist in dieser neu gefassten strategischen Sicht eine „Brückenfunktion“ zugeordnet, über die Russland in einem Wechsel von Zug und Druck an das westliche Bündnis und damit Eurasien an den Westen gebunden werden soll. US-Außenminister Kerry bekräftigte diese neue Ausrichtung der US-Politik auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Stichwort einer von den USA heute verfolgten „Transatlantischen Renaissance“. Die jüngsten Zuckungen der EU-Ost-Politik zwischen Intervention und Rückzug lassen allerdings erkennen, dass noch nicht von allen atlantischen Akteuren verstanden worden ist, wie Zuckerbrot und Peitsche auf dieser neuen US-Linie verteilt sind.

### **Ethnische Vielfalt verbietet feste „Zugehörigkeit“**

Vor diesem geopolitischen Hintergrund kann es für die Ukraine nicht darum gehen sich zwischen der Zugehörigkeit zur europäischen oder zur eurasischen Union oder ersatzweise für die Variante einer chinesisch dominierten neuen Seidenstraße zu entscheiden. Dies umso weniger, als „Europäische Union“ nicht gleichbedeutend mit Europa und „Eurasische Union“ nicht identisch mit Russland ist

wie auch eine Kooperation mit Chinas Ambitionen einer „Neuen Seidenstraße“ nicht eine Absorption der Ukraine in ein chinesisches Wirtschafts-Imperium bedeutet.

Die heutigen transnationalen Kapitalstrukturen, ebenso wie geographische und kulturelle Räume überschreiten diese Grenzen. Die Differenz zwischen dem mehrheitlich Russland zugeneigten Osten und dem der EU zugeneigten Westen ist nur ein Teil der vielfältigsten, historisch über viele Jahrhunderte gewachsenen Unterschiede. Nicht weniger wichtig sind die ethnischen und sprachlichen Minderheiten – Weißrussen, Moldawier, Krimtataren, Bulgaren, Magyaren, Polen, Juden, Armenier. Nicht übersehen werden darf auch der religiöse Pluralismus des Landes. Weder eine Hinwendung der ganzen Ukraine auf eine Seite, noch eine Spaltung des Landes ist eine Lösung für dieses Land.

Nicht weniger absurd erscheint allerdings auch eine „nationale“ Wendung, welche die Vielfalt des Landes und seiner gewachsenen Bezüge nach außen gewaltsam zu „ukrainisieren“ versucht. Die Absurdität eines solchen Weges zeigte sich schon, als die Partei Tiagnibogs unter Parolen der nationalen Befreiung auf dem Majdan lautstark für einen Anschluss der Ukraine an die EU agitierte.

**Alternative: Föderalismus in einer multipolaren Welt**

Zielführend sind angesichts des realen Pluralismus der Ukraine die Einführung föderaler Strukturen, d.h. Regionen mit weitgehenden Selbstverwaltungsrechten. Die noch mit Janukowytsh am

21.2.2014 beschlossene Rückführung der Verfassung auf ihre Form von 2004 mit einer Abkehr von der zur Zeit gültigen Präsidialverfassung drängt zweifellos in diese Richtung.

Dass eine solche Vision vor allem in den westlichen Medien als Spaltungversuch denunziert wird, weil sie von der Kommunistischen Partei und auch von russischen Politikern aus der Nähe Putins vorgebracht wird, kennzeichnet das unproduktive, nicht an den Problemen der Ukraine orientierte Niveau dieser Beiträge.

Die Ukraine wird vor diesem Hintergrund zum Treffpunkt der undercover Agenten aus Ost und West, Europa, Amerika, Russland und Asien. Salopp formuliert, der innere Pluralismus des Landes setzt sich in einem Stelldichein der „Global Player“ fort, von denen keiner aus seiner jeweiligen imperialen Logik heraus zulassen kann, dass die anderen sich dort festsetzen.

Die unvollendete „orangene Revolution“ wurde mit der „Maidan-Revolution“ im zweiten Anlauf durchgezogen. Mit ihrer nationalistischen, in Teilen offenen faschistischen Radikalisierung ist sie allerdings, je mehr sie angeheizt wurde, der Kontrolle ihrer Förderer entglitten. Die Übergangsregierung ist schließlich durch nichts anderes als die unmittelbare Gewalt der bewaffneten Maidan-Rechten legitimiert und es besteht die Tendenz, dass sie ihre Macht mit Duldung oder gar Förderung seitens der EU und der USA weiter ausbaut und verfestigt.

Für die Ukraine besteht derzeit nur die Alternative zwischen rechts und extrem rechts. Fortschrittliche Kräfte

haben keine Strategie und keinerlei konkreten politischen Einfluss. Wenn nicht von außen Hilfe komme, sondern wie im bisherigen Verlauf der Maidan-Revolte, die Radikalisierung von außen angeheizt, die Rechten verharmlost und unterstützt würden, droht Chaos und Bürgerkrieg.

Weitere Infos und Buchempfehlungen:  
[www.kai-ehlers.de](http://www.kai-ehlers.de)

[...] Die aggressiven Versuche des Westens, den russischen Einfluß in der Ukraine zu schwächen und das Land der eigenen Hegemonialsphäre einzuverleiben, haben es in Verbindung mit der begleitenden Medienkampagne gegen Rußland und die russische Staatsspitze beinahe vergessen lassen, daß die deutsche Rußland-Politik traditionell zwei verschiedenen Strategien folgt. Da gibt es einerseits das Bestreben, nach Osten zu expandieren und alle Mächte, die dort Einfluß haben und ihn auch gegen die deutsche Expansion behaupten wollen, zu bekämpfen. Andererseits hat sich die Kooperation mit Rußland aus unterschiedlichen Gründen stets als hilfreich erwiesen, um deutsche Interessen ökonomischer oder politischer Art durchzusetzen. Beide Strategien sind alt; sie werden seit 1945 immer wieder überlagert von bündnispolitischen Verpflichtungen, die sich aus dem transatlantischen Pakt ergeben. [...]

Jörg Kronauer  
Quelle: *JungeWelt*, 06.03.2014

**Das Möpschen bellt den Elefanten an**

von Erhard Crome

Der Westen hat seine Dienste daran mitwirken lassen, in Kiew die legitime Regierung zu stürzen. Zu den Formationen, die bewaffnet auf dem Maidan-Platz agieren, gehören auch quasi-faschistische Gruppierungen. In anderen Teilen der Ukraine, so auf der Krim, fühlen sich Menschen durch diese Entwicklung bedroht. Russland hat deutlich gemacht, dem nicht tatenlos zuzusehen. Nun droht die deutsche Regierung Russland. Die Deutschen werden diesmal mit ihrer Drohung aber nicht bis nach Stalingrad kommen. Russland verfügt nach wie vor über ein relevantes Atomwaffenarsenal.

Barack Obamas Erklärung (unter allerlei Drohungen seines Außenministers verpackt), keine Truppen in die Ukraine zu

schicken, hat deutlich gemacht, dass die USA – wie während des Georgien-Krieges 2008 – es nicht auf einen Atomkrieg ankommen lassen.

Es läuft auf die Drohung des Händlers hinaus, keinen Kredit mehr zu geben. Die Frage nur ist, wenn schon Wirtschaftssanktionen, wer sanktioniert dann wen? Wenn das russische Erdgas nicht mehr strömt, stehen hierzulande die Heizungsanlagen still. Es ist albern und unverantwortlich, Russland drohen zu wollen, aber anzunehmen, es würde stillhalten, wenn westliche Drohungen in die Tat umgesetzt würden. [...]

Quelle: *neues Deutschland*, 5.3.2014

online: [www.ag-friedensforschung.de/themen/Aussenpolitik1/crome.html](http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Aussenpolitik1/crome.html)

# Afghanistan: Staatswesen und NATO-Mission gescheitert

von *Matin Baraki, Politikwissenschaftler an der Universität Marburg*

## Geheime Verträge für NATO-Dauerpräsenz

Die NATO hat für Dezember 2014 das Ende ihres Kampfeinsatzes in Afghanistan angekündigt. Die ersten Abzugsmaßnahmen sind schon eingeleitet. Den afghanischen Sicherheitskräften wurde bereits am 18. Juni 2013 die volle Verantwortung für die Sicherheit des Landes übertragen. Aber in der Peripherie, wo die NATO-Einheiten abgezogen sind, haben die Taliban die Kontrolle übernommen. Beobachter malen ein düsteres Bild für die Zukunft des Landes am Hindukusch, und gehen davon aus, dass die Kabuler Administration ohne die NATO nicht überleben würde, womit vor allem eine psychologische Stimmungsmache erfolgt, um eine dauerhafte NATO-Präsenz am Hindukusch zu rechtfertigen.

dauerhafte Präsenz der NATO-Truppen in Afghanistan festgeschrieben wurde. Unter dem Deckmantel als Berater und Ausbilder werden NATO-Soldaten auch nach Abzug der NATO-Kampftruppen über 2014 hinaus in Afghanistan operieren. Damit wird das Land am Hindukusch zu einer Militärkolonie und bleibt weiterhin ein unsinkbarer Flugzeugträger der NATO für künftige regionale Einsätze der Allianz.

## Vordergründiger Streit um US-Sicherheitsabkommen

Im November 2013 wurde ein sog. Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Afghanistan paraphiert. Nach § 26 wird die US-Armee bis Ende 2024 und darüber hinaus in Afghanistan präsent bleiben. Die US-Soldaten dürfen sieben Flughäfen und fünf Binnenhäfen bzw. Grenzübergänge für ihre Ein- und Ausreise nutzen und insgesamt neun Stützpunkte vollständig besitzen. Auch die Frage der Immunität ist im Sinne der USA geregelt worden. Sowohl militärisches als auch ziviles US-Personal ist ausschließlich US-Recht unterstellt. Mit diesem Abkommen werden die wichtigsten strategischen Regionen Afghanistans faktisch militärisch besetzt.

Karsais angebliche Weigerung, das Abkommen zu unterschreiben, hat historische und innenpolitische Hintergründe. Er ist der am meisten verhasste Politiker im Lande und wird als Pudel der USA sowie Vaterlandsverräter angesehen. Um sein Image etwas aufzubessern, polemisiert er gegen seinen Herrn. Dies ist aber zweifelsohne mit der US-Administration abgesprochen. Karsai will damit auch sein weiteres Überleben in Afghanistan sichern. Die Afghanen sehen das Sicherheitsabkommen mit den USA als eine Replik des Durand-Vertrages vom 12. November 1893. Damals wurden Stammesgebiete an der afghanisch-indischen Grenze Britisch-Indien eingegliedert, wodurch sogar Familien voneinander getrennt wurden. Das ist bis heute ein Problem zwischen Afghanistan und Pakistan geblieben. Außenpolitisch erhielt das Land den Status

eines britischen Protektorats. Da dieses verhasste Abkommen als eine blutige Wunde den Afghanen bis heute in Erinnerung geblieben ist, möchte Karsai mit dieser „Neuaufgabe“ nicht in Verbindung gebracht werden.

## Kabul: von US- und NATO-Geld extrem abhängig

Jedoch diese Kabuler Administration ist finanziell völlig von den USA und ihren Verbündeten abhängig. Ein Bruch mit ihnen, wie die westlichen Medien als mögliches Szenario verbreiten, ist deswegen undenkbar. Ab Ende 2014 sollen die Sicherheitskräfte Afghanistans, die 200 000 Soldaten und die 160 000 Angehörigen der sogenannten Nationalen Polizei - in Wahrheit eine paramilitärische Truppe, viele Afghanen nennen sie Räuberbanden - jährlich mit vier Mrd. US \$ finanziert werden. Dazu kommen noch weitere vier Milliarden an Wirtschaftshilfe. Die Kabuler Administration wäre niemals in der Lage solche horrenden Summen aufzubringen. Im Gegensatz zu seiner Polemik gegen die USA, rief Karsai auf der Ratsversammlung „Loya Jirga“ am 20. November 2013 die von ihm bestellten Delegierten dazu auf, dem Abkommen zuzustimmen.

## Das Land blutet aus

Seit die NATO den Abzug von Kampftruppen angekündigt hat, verlassen täglich Mio. US-\$ illegal das Land. Der Präsident der Zentralbank gab offiziell zu, dass 2011 über 4,6 Mrd. US-\$ außer Landes gebracht worden seien, das entspricht dem Jahresbudget der Regierung. Demgegenüber verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung zusehends. Die Arbeitslosigkeit betrug schon 2006 ca. 70% mancherorts, vor allem in Osten und Süden sogar 90%. Jedes Jahr drängen eine Million junger Leute auf den Arbeitsmarkt. Noch weitere Tausende Afghanen, die als Putzkräfte, Fahrer, Türsteher, Köche oder Dolmetscher und Spione für die Besatzer gearbeitet haben, werden dazu kommen. Dadurch werden immer mehr Menschen in Ar-



Foto: Bundeswehresoldaten in Afghanistan

Es ist anscheinend in Vergessenheit geraten, dass schon vor den Parlamentswahlen 2005 Karsai eine „Nationale Konferenz“ einberufen hatte, auf der 100 Personen aus seinem Umfeld zusammenkamen. Sie bevollmächtigten ihn, mit den USA einen Vertrag zu schließen, auf dessen Grundlage die US-Armee auf unabhäufige Zeit in Afghanistan bleiben kann. Der Text dieses Vertrages wurde bis heute unter Verschluss gehalten. Inzwischen sind längst weitere kolonialähnliche bi- und multilaterale Verträge mit einzelnen NATO-Ländern und der NATO als Organisation unterschrieben worden. Auf der Lissaboner NATO-Tagung im November 2010 unterzeichneten NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und der Kabuler Präsident Hamid Karsai eine Erklärung, auf deren Grundlage eine

mut und Elend versinken und die Kriminalität noch mehr zunehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Verzweifelten dann auch dem Widerstand anschließen.

### Lage der Frauen schlimmer als je zuvor

Die afghanischen Frauen haben viele Feinde: Armut, alltägliche häusliche Gewalt oder Entführungen. „Die Vergewaltigungsrate ist extrem angestiegen, was in der Geschichte unseres Landes völlig untypisch ist“, sagte Zoya, eine Aktivistin von der maoistischen Frauenorganisation „Revolutionary Association of the Women of Afghanistan“ (RAWA). Da die Vergewaltiger keine nennenswerten Strafen zu befürchten haben, sind die Frauen vogelfrei. Gegenüber Amnesty International äußerte ein internationaler Helfer: „Wenn eine Frau zur Zeit des Taliban-Regimes auf den Markt ging und auch nur einen Streifen Haut zeigte, wurde sie ausgepeitscht - heute wird sie vergewaltigt.“ Es gibt zahlreiche verzweifelte Mädchen, die sich verstümmeln, um nicht an alte Männer verkauft zu werden. Nach dem Abzug der „internationalen Gemeinschaft“ wird sich die Lage der Frauen weiter dramatisch verschlechtern.

### NATO-Krieg als Ressourcenschlucker

Die von der NATO weiterhin favorisierte „militärische Lösung“ kann es aus verschiedenen Gründen nicht geben. Der NATO-Einsatz ist ein gigantischer „Ressourcenschlucker“. Der Krieg kostet jede Woche 1,5 Mrd. US-\$. Selbst

offizielle Angaben bezifferten die Kriegskosten allein für die USA bis Ende 2011 mit 440 Mrd. US-\$. Seit Beginn des Krieges im Jahre 2001 hat die Bundesrepublik über 11 Mrd. € für diesen Krieg ausgegeben, über 8 Mrd. € davon hat die Bundeswehr verpulvert. Mit einem Bruchteil dieses Geldes würde Afghanistan buchstäblich in eine blühende Landschaft verwandelt.

### Regierung in Kabul: mit der Drogenwirtschaft liiert

Seit dem Einmarsch der NATO-Truppen in Afghanistan ist „die produzierte Opium-Menge um das 40-fache gestiegen.“ Die Regierung in Kabul ist korrupt und mit der Drogenmafia eng verflochten. Die Menschen verachten diese Regierung und die Besatzer wegen der andauernden nächtlichen Hausdurchsuchungen und der Angriffe durch die NATO.

Auf einer Konferenz in Tokio 2012 wurden Afghanistan für die nächsten vier Jahre insgesamt 16 Mrd. US-\$ zugesagt. Als Gegenleistung hatte Präsident Karsai die Bekämpfung der Korruption versprochen, was bis heute nicht eingehalten wurde und woran sich auch bei seinem Nachfolger wenig ändern wird.

### Mögliche Szenarien am Hindukusch nach 2014

Beobachter vor Ort gehen von mehr als 500 000 zivilen Opfern aus, die der Krieg bisher seit 2001 gekostet hat. Die Möglichkeit, dass es nach dem ISAF-Ende zu einem umfassenden Bürgerkrieg zwischen den rivalisierenden Warlords wie in den Jahren von

1992 bis 1995 kommen wird, ist nicht ausgeschlossen. Damals wurden allein im Jahre 1992 in Kabul über 50 000 Menschen getötet.

Die Folge eines solchen Bürgerkriegs wäre die Spaltung des Landes. Die islamisch geprägten paschtunischen Widerstandsbewegungen würden Gebiete in Süd- und Ostafghanistan entlang der pakistanischen Grenze besetzen. Der Norden und der Westen des Landes würden von den tadjikischen und usbekischen, Mittelaafghanistan von den Hasarah Warlords kontrolliert werden. Damit wäre Afghanistan de facto geteilt, was aber kein Ende des inner-afghanischen Konfliktes bedeuten würde.

Eine Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul scheint jedoch ausgeschlossen. Denn zum einen hat die NATO genügend afghanische Sicherheitskräfte ausgebildet und ausgerüstet. Darüber hinaus werden noch Tausende aus- und inländische Söldner im Einsatz sein. Außerdem bleiben die USA mit 10 000 bis 15 000 Mann dauerhaft in Afghanistan präsent und zusätzlich noch mehrere tausend Soldaten aus anderen NATO-Ländern. Es ist nicht ausgeschlossen - so sehen es auch diverse Verträge und Erklärungen der NATO-Länder mit der Kabuler Administration vor - dass im „Notfall“ eine Rückkehr der NATO-Soldaten in vorheriger Stärke möglich wird.

Alternativen für eine friedliche Lösung sind vorhanden, jedoch nur ohne NATO-Präsenz. Im „günstigsten“ Fall würde Afghanistan das Schicksal des Irak, im ungünstigsten Fall das Schicksal Somalias als „failed State“ erleiden.

## Wie man schlechte Situationen verschlimmert

Ein Experte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) warnt vor einer Ausweitung deutsch-europäischer Militäreinsätze. „Die Analyse von Interventionen der letzten zwanzig Jahre“ habe „ernüchternde Erkenntnisse über die Grenzen“ bewaffneter Auslandsoperationen hervorgebracht, heißt es in einer aktuellen Stellungnahme aus der SWP. Dies gelte selbst für militärische Maßnahmen, deren Ziel offiziell darin bestanden habe, Massaker zu verhindern. So werde etwa in Libyen „das Risiko für Massengewalttaten“ heute durchaus „höher eingeschätzt als vor der Intervention“ von 2011.

Der SWP-Experte schreibt, in den USA stimmten „Politik und Wissenschaft“ mittlerweile „zunehmend überein, dass militärische Interventionen ein ineffektives und extrem kostspieliges Instrument sind“. Tatsächlich kommen US-Experten zu einem verheerenden Urteil über Washingtons Interventionspolitik. So urteilt ein Politikwissenschaftler am Beispiel Syriens, ein Militäreinsatz dort werde, blicke man auf die Erfahrungen aus Afghanistan, dem Irak oder Libyen zurück, „eine schlechte Situation noch deutlich verschlimmern“. Ungeachtet solcher Warnungen treibt Berlin die Ausweitung deutsch-europäischer Militäreinsätze mit Macht voran - zunächst vor allem in Afrika.

Quelle: [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) – 27.02.2014

## Münchhausen-Projekt stellt Kriegslügen bloß

von Andreas Buro, emer. Hochschullehrer, Grävenwiesbach

Eine der vornehmsten Aufgaben der Friedensbewegung ist es, die Legitimationsideologien vom „Gerechten Krieg“, dem „Militär als letztem Mittel“, der „Humanitären Intervention“ usw., für Rüstung und Krieg bloßzustellen, als das was sie sind, nämlich Versuche, die Bürger und Bürgerinnen zu täuschen, um ihnen Rüstung und Krieg schmackhaft zu machen.

Da haben doch tatsächlich ein paar vietnamesische Küstenboote hochgerüstete US-Zerstörer im Golf von Tonking angegriffen - glatter Terrorismus! Die Antwort der USA war fürchterlich und giftig. Raketenschutzschirme gegen nicht existierende iranische Atomraketen wurden von den meisten Medien brav verbreitet – Hanebüchen! Unsere Symbolfigur, der Baron von Münchhausen, war dagegen ein piffiger Waisenknabe.

Die Redaktionsgruppe des Münchhausen Projekts hat sich zur Begründung ihres Vorhabens auf den folgenden Text verständigt:

*„Jeder Stifter einer Weltreligion verheißt Frieden, und zwar im Diesseits, zu erreichen durch Toleranz, Barmherzigkeit, Menschlichkeit. Staatsgründer taten es ihnen gleich und schrieben in ihre Grundgesetze: All men are created equal (Unabhängigkeitserklärung der USA). Großartige, kluge Worte. Und doch ist die menschliche Geschichte geprägt von Gewalt und Krieg, deren Beute von wenigen eingesackt wurde und dessen Leid von den Vielen getragen werden musste.“*

*Wie gelang es und gelingt es in fast allen Gesellschaftsformationen, die Menschen gegeneinander in Stellung und zu Mord und Totschlag zu bringen und dies noch als gute und ehrenvolle Taten zu verkaufen? Die Massenmörder schrieben und schreiben die Geschichte, sie ließen sich den Titel ‚Der Große‘ zumessen, und der Tod auf dem Schlachtfeld wurde zum Heldentod verklärt, während die ‚Kollateralschäden‘ ignoriert wurden. Interessen obsiegen über Ethik und Moral.“*

*Das Projekt Münchhausen fordert alle auf, die Geschichten der großen und kleinen Kriegslügen zu erzählen, mit denen die Menschen zur Gewalt gegen einander verführt wurden – von den Kreuzzügen, über den angeblich Gerechten Krieg, den Tonking-Zwischenfall an den Küsten Vietnams, bis zur dreisten Lüge des US-Außenministers über die Atombomben des Saddam Hussein und dem Militär als letztem Mittel der angeblich ‚Humanitären Intervention‘?*

*Wir müssen uns befreien von dem Spinnengewebe der Lügen und Legitimationsideologien, die unsere Mitmenschen zu Feinden und Feindbildern und uns zu Gewalt gegen sie in der globalisierten Gesellschaft machen wollen. Das Projekt Münchhausen soll dazu einen Beitrag leisten.“*

Um rationale Aufklärung in diesem Feld bemühen wir uns seit langer Zeit. Wir schlagen nun vor, sie witziger und als Breitenaktion zu betreiben: Wir fordern alle Menschen, die wir erreichen können, auf, die deftigsten Lügengeschichten zur Rechtfertigung von Krieg und Rüstung aus allen historischen Zeiten bis zur Gegenwart aufzuschreiben. Dabei geht es nicht um Anklagen gegen die Grausamkeit des Krieges. Es geht immer um die Versuche, uns, die Bürgerinnen und Bürger, zu täuschen, um auf diese Weise unsere Zustimmung zu Gewalt und Krieg zu erreichen.

Selbstverständlich können auf der Plattform auch Kontroversen ausgetragen werden. Haben die Schüsse auf den österreichischen Thronfolger und seine Frau in Sarajewo wirklich den Ersten Weltkrieg ausgelöst? In der Form der Darstellung werden wir noch experimentieren müssen. Eine Grundfigur dürfte sein, zunächst die offizielle Behauptung mit dem sachlichen Hintergrund wiederzugeben und sie dann mit unserer Lügenbloßstellung zu konfrontieren. Das alles müsste doch einen großen Spaß machen und deftig provozieren, damit die alten Lügen-Klischees ins Wanken geraten.



Als Logo lassen wir Münchhausen auf einer Rakete Richtung Erde sausen. Dort erwarten ihn Menschen, die jubelnd ihre Arme erheben, obwohl sie selbst Opfer der Rakete werden können.

Die Internet-Plattform wurde soeben im Februar 2014 eröffnet.

Die erste Lügengeschichte des Monats berichtet von Mali, wo Frankreich der grausamsten Tuareg-Gruppe Schutz gewährte und sie in Paris als Repräsentantin der Tuareg-Rebellen hofierte... und jetzt noch die Bundeswehr. Da geht es um mehr!

Wer will, kann mitmachen oder auch andere ansprechen, sich zu beteiligen. Es wäre toll, wenn eine Lügenlawine entstünde.

Internet-Plattform:  
[www.aixpaix.de](http://www.aixpaix.de) „Projekt Münchhausen“

Kontakt zum Autor:  
[andreas.buro@gmx.de](mailto:andreas.buro@gmx.de)

### Hannes Wader: Es ist an der Zeit

Weit in der Champagne im Mittsommergrün, dort wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blühen,

da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht, im Wind der sanft über das Gräberfeld streicht.

Auf deinem Kreuz finde ich toter Soldat, deinen Namen nicht, nur Ziffern und jemand hat die Zahl 1900 und 16 gemalt und du warst nicht einmal 19 Jahre alt.

Ja auch dich haben sie schon genauso belogen, so wie sie es mit uns heute immer noch tun.

Und du hast ihnen alles gegeben, deine Kraft, deine Jugend, dein Leben.

## Vor 15 Jahren: NATO-Bomben gegen fiktiven "Hufeisenplan"

(Münchhausen-Lügengeschichte des Monats März 2014)

von Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim internationalen Versöhnungsbund – deutscher Zweig.

Dem 1914 gegründeten internationalen Versöhnungsbund gehören in rund 30 Staaten der Erde ca. 100 000 Mitglieder an. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

Der Kosovo-/Jugoslawienkrieg wurde mit der Begründung geführt, einen Völkermord zu verhindern, bei dem überwiegend die serbische Seite als Täter und die albanische Bevölkerung als Opfer in fast allen Leitmedien dargestellt wurde. Der zwei Jahre nach dem NATO-Krieg ausgestrahlte WDR-Film "Es begann mit einer Lüge" von Jo Angerer und Mathias Werth zeigte, dass die deutsche Öffentlichkeit massiv belogen wurde, um nach 1914 und 1941 die dritte Bombardierung Belgrads in einem Jahrhundert zu rechtfertigen. Ein sogenannter "Hufeisenplan" existierte nicht, sondern war zu Propagandazwecken erfunden worden, das behauptete Massaker im Stadion von Pristina fand nicht statt. Bei den Verhandlungen in Rambouillet wenige Wochen vor den NATO-Bombardierungen im März 1999 legten die NATO-Vertreter die Latte für die serbische Seite so hoch, dass kein Serbe mit Schulbildung diesen Vertrag hätte unterzeichnen können, wie Rudolf Augstein schrieb: NATO-Truppen sollten im gesamten verbliebenen serbischen Teil Jugoslawiens stationiert, Änderungen an Brücken, Straßen und anderer serbischer Infrastruktur zugelassen, den NATO-Soldaten Straffreiheit bei kriminellen Akten im Rahmen der anvisierten Besetzung zugestanden werden.

Die "Lunte", mit welcher der Krieg gezündet wurde, war das sog. "Massaker von Racak" am 15.1.1999 mit 45 Toten. Heinz Loquai, seinerzeit zuständiger deutscher Brigadegeneral bei der OSZE in Wien, beschreibt in seinem Buch "Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000", die Rolle des US-Amerikaners William Walker als Leiter der Kosovo-Verifikationsmission (KVM) der OSZE, folgendermaßen:

*"Eine objektive Betrachtung kann nicht umhin, das Verhalten des Leiters der KVM als unangemessen und außerhalb aller normalen Regeln für eine Person mit diplomatischem Status im Gastland zu bewerten. Er zog mit einer*

*Schar von Journalisten vor Ort, ließ diese frei schalten, walten und fotografieren und, wie ein Teilnehmer sagte, die Toten auch mediengerecht positionieren".*

Für Außenminister Joschka Fischer war "Racak" der "Wendepunkt" hin zum NATO-Krieg.

### „Nie wieder Krieg – nie wieder Auschwitz“

"Bei den Grünen gab es in einem wichtigen Punkt ein intellektuelles Defizit: Sie sahen nur zwei Möglichkeiten: Entweder ethnische Säuberungen oder Bombardements. Und das was falsch", sagte der Friedensforscher Johan Galtung bereits 1999. Insbesondere Joschka Fischer trieb mit der "Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz"-Parole seine Partei wie auch die Gemütslage weiter Bevölkerungskreise in eine so den Realitäten nicht entsprechende Sackgasse - mit großer Wahrscheinlichkeit wider besseres Wissen.

### Holbrooke-Milosevic-Abkommen war erfolgreich

In einem Brief (zitiert in: "Die Woche", 2.7.99) an den Militäreinsatzbefürworter Erhard Eppler schrieb Dieter S. Lutz, Leiter des Hamburger Friedensforschungsinstitutes (IFSH):

"Ich beginne mit dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom 13. Oktober 1998. Vierzehn Tage nach Abschluss dieser Vereinbarung ging NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender Einschätzung an die Öffentlichkeit:

*"Erfreulicherweise kann ich nun berichten, dass in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind. ... Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten. ... Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten".*

### General Heinz Loquai zum Scheitern der OSZE-Mission

Dieter S. Lutz ließ Heinz Loquai ausführlich zu Wort zu kommen:

"Die sichtbare internationale Präsenz (OSZE-Mission, C.R.) an Brennpunkten des Geschehens trug zur Entspannung der Lage bei, ließ die Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Mitte November wurden nur noch wenige hundert in einem Lager künstlich zurückgehalten, um den Medien ein solches Camp vorführen zu können.

Doch es gab ein Problem, auf das anscheinend niemand vorbereitet war. Die UCK, die sich an die Vereinbarungen nicht gebunden fühlte, rückte dort ein, wo die Jugoslawen abgerückt waren. Von jugoslawischer Seite wurde wiederholt erklärt, wenn die UCK weiterhin das geräumte Gebiet besetze, werde das zu Reaktionen führen." (in: "Die Woche", 2.7.99).

Brigadegeneral Loquai fasste seine Analyse in der NDR-4-Sendung "Streitkräfte und Strategien" am 22.5.99 folgendermaßen zusammen:

*"Vertreibungen und Flüchtlingsströme setzten ein, nachdem die internationalen Organisationen das Kosovo verlassen und die Angriffe begonnen hatten. D.h. der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie in dem bekannten Ausmaß erst möglich. (...) Der Frieden wurde u.a. verspielt,*

*- weil die meisten NATO-Staaten einseitig Partei gegen die Serben und für die Kosovo-Albaner nahmen. Hierdurch stärkte und ermunterte man die UCK, und man förderte selbst bei gemäßigten Serben den Eindruck, daß die NATO ohnehin die Sache der Albaner betreibe,*

*- weil die Europäer den USA zu gefügig waren und den aufgebauten Zeitdruck hinnahmen, ohne sich der allmählichen Militarisierung der Politik zu widersetzen.*

*- weil die NATO glaubte, durch ihre Luftangriffe Milosevic innerhalb kurzer Zeit zum Nachgeben zu zwingen und die Durchhaltefähigkeit eines diktatorischen Regimes unterschätzte.*

- weil die politische und militärische Führung der NATO außer acht gelassen hatte, dass der Einsatz allein von modernen Kampfflugzeugen gegen bewegliche, aus guter Deckung operierende Bodenziele risikoreich, aufwendig und von sehr begrenzter Wirkung ist".

### Entlarvender Lagebericht vom 19.3.99 zum Kosovo

Dieter Lutz untermauert seine These von der Abwendbarkeit des Krieges im Brief an Erhard Eppler auch mit der Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999:

"Der Waffenstillstand wird von beiden Seiten nicht mehr eingehalten.... Im Rahmen von lokalen Operationen der jugoslawischen Armee (VJ) gegen die UCK kam es in den letzten Tagen auch wiederholt zu vorsätzlichem Beschuss von Dörfern. Stets wurde zuvor die Bevölkerung zum Verlassen der Ortschaften aufgefordert, was diese auch tat. UNHCR und KVM berichten übereinstimmend über eine systematische Vorgehensweise der VJ bei der Zerstörung von Dörfern mit dem Ziel, durch gezielte Geländebereinigung sämtliche Rückzugsmöglichkeiten für die UCK zu beseitigen ...

Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, in der Regel vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt. Allerdings ist laut KVM die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK-Kommandeure unterbunden worden. (...)

Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten. Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormalig von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. Von den einst 14.000 serbisch-stämmigen Kroaten leben nur noch 7000 im Kosovo. Anders als im Herbst/Frühwinter 1998 droht derzeit keine Versorgungskatastrophe".

### NATO-inoffiziell: UCK-Terror bestätigt

Die Parlamentarische Versammlung der NATO, ein unabhängiges Gremium, das als Bindeglied zwischen dem Bündnis und den Parlamenten fungiert, hat im Dezember 2000 einen

"Generalbericht" über "Die Folgen des Kosovo-Konfliktes und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement" verabschiedet.

Darin hieß es:

"So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu verstärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluss der KVM in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Strategien zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa, - insbesondere Deutschland und der Schweiz - Spenden sammeln, Rekruten werden und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde."

(zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz in: Clemens Ronnefeldt, Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, Minden 2001).

### Die wirklichen Kriegsgründe

Nach allen bisher genannten Quellen müssen andere als die von NATO-Seite angegeben Gründe den Ausschlag für die Bombardierungen gegeben haben. Zu diesen dürften mit unterschiedlichem Gewicht stichwortartig folgende gehören, wobei in Klammern jeweils Vertreter dieser Argumente stehen:

1. Testlauf der neuen NATO-Doktrin zum 50. Jahrestag 1999: Erster Militäreinsatz ohne UN-Mandat.

2. Durchsetzung des weltweiten Führungsanspruches der NATO unter US-Führung bei gleichzeitiger Ausschaltung von OSZE und UNO.

3. Konkurrenz zwischen USA und Europa, Dollar und Euro; Desintegration Europas durch die USA bei gleichzeitiger Erschwerung bzw. Verhinderung der Zusammenarbeit Berlin-Moskau (Jürgen Rose).

4. Sicherung der Existenzberechtigung der NATO und Auslastung der Rüstungskapazitäten

5. Testfall für Krieg der US-Luftwaffe bei scharfer Konkurrenz um Haushaltsmittel zwischen Luftwaffe, Heer und Marine (P. Lock).

6. Verhinderung neuer Flüchtlinge und deren Kosten in Westeuropa (Gerhard Schröder).

7. Möglicher Präzedenzfall für künftige Konflikte im Kaukasus (Prof. A. Pradetto).

8. "Disziplinierung" des "Fremdkörpers" Serbien als letztes mit Russland und China verbundenes Land in Europa, das sich der Globalisierung widersetzt hat (Prof. J. Galtung).

9. Nach Irak-Bombardierung 1998 durch Unterstützung der albanischen Muslime neue "Pluspunkte" in der (ölreichen) arabischen Welt (W. Wimmer).

Völlig anders als Gerhard Schröder beurteilte sein Vorgänger, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der die deutsche Kriegsbeteiligung für nicht zu rechtfertigen hielt, diesen ersten Kriegseinsatz nach 1945:

"Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet"



Foto: Das Camp Bondsteel im Kosovo wurde ab Juni 1999 errichtet und ist die größte Militärbasis der US Army außerhalb der USA. (Quelle: Wikipedia)

## NATO-Kriegsführung im Inneren von Anfang an bis heute

Daniele Ganser: *NATO Geheimarmeen in Europa – Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung*  
Verlag orell füssli, ISBN 978-3-280-06106-0, 334 Seiten, 24,95 €

An dieser Stelle weisen wir in der Regel meistens auf Bücher hin, die nur eine geringe Auflage zu erwarten haben. Ganz anders bei dem vorliegenden Buch des Schweizer Historikers Dr. Daniele Ganser, das in mehrfacher Hinsicht eine erstaunliche Popularität zu verzeichnen hat. Es beruht auf seiner englischsprachigen Dissertation, die er bereits im Jahr 2001 abgeschlossen hat. Die Buchausgabe erschien 2005 zunächst in Englisch und mittlerweile in 10 verschiedenen Sprachen. Die deutsche Ausgabe erschien 2008 und liegt mittlerweile in 6. Auflage vor.

Gansers Arbeit beruht auf den 1990 erfolgten Enthüllungen des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Andreotti zu den „Stay behind“-Geheimarmeen der NATO. Schrittweise wurde bekannt, dass diese nicht nur in Italien mit dem Namen „Gladio“, sondern auch in praktisch allen anderen NATO-Ländern existiert haben. Die damaligen Enthüllungen führten zu europaweiten Forderungen nach umfassender Aufklärung, bis hin zu einer Resolution des EU-Parlamentes. Es wurde jedoch hinter den Kulissen geschickt verstanden, das Thema ziemlich schnell wieder ad acta zu legen.

Daniel Ganser hat sich 1998 für seine Dissertation auf das Wagnis eingelassen, trotz kaum zugänglicher Primärquellen dieses Thema aufzuarbeiten. Sein größtes Handicap: Während ab 1990 die meisten Geheimarchive aus den früheren Ländern des Warschauer Paktes geöffnet wurden, ist dieses für die damaligen NATO-Länder nicht erfolgt. Ungeachtet dessen hat er in jahrelanger akribischer Kleinarbeit Unterlagen aus allen NATO-Mitgliedsländern vor 1990 mit Ausnahme von Kanada und Island zusammen getragen. Notgedrungen handelt es sich dabei meistens nur um Sekundärquellen, die jedoch auch als lückenhafte Puzzlesteine ein recht umfassendes Bild ergeben.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die NATO unter dem Vorwand, auf eine militärische Besetzung Westeuropas

durch die Warschauer Pakt-Staaten sich vorbereiten zu müssen, in allen Mitgliedsländern bewaffnete Netzwerke aufbaute. Es blieb dabei allerdings nicht bei der Prophylaxe (z.B. mit versteckten Waffenlagern) für einen Ernstfall, der nie eingetreten ist. Die NATO-Geheimarmeen traten - mehr oder weniger nach den spezifischen innenpolitischen Verhältnissen in den Mitgliedsländern – mit Terroraktionen in Erscheinung.



Der Grund dafür bestand darin, dass der Hauptfeind der NATO nicht der Warschauer Pakt als äußerer Feind, sondern vor allem der innenpolitische Einfluss von Kommunisten bekämpft werden sollte. Vor allem in Italien, aber auch in Frankreich, erreichten die Kommunisten zeitweise eine parlamentarische Stärke, die es sehr schwer machte, eine Regierungsbeteiligung zu verhindern.

Am bekanntesten sind die in den 70er Jahren erfolgten Terrorakte in Italien, die damals den „Roten Brigaden“ zugeschrieben wurden und ihren Höhepunkt in der Entführung und Ermordung des christdemokratischen Politikers Aldo Moro fanden, der sich für eine Regierungsbeteiligung der KP Italiens stark machte.

Gansers Buch ist übersichtlich nach den jeweiligen Ländern gegliedert.

Bezüglich der USA und Großbritanniens geht es dabei in erster Linie um

die Rolle von CIA und MI6, die nach dem zweiten Weltkrieg in anderen Ländern mit dem Aufbau von antikommunistisch verdeckten Einheiten betraut waren und woraus später die NATO-geführten Netzwerke entstanden.

Aktuell noch in den (linken) Medien präsent ist derzeit noch der Bombenleger-Prozess von Luxemburg. Dort gab es zwischen 1984 und 1986 eine ganze Serie von 20 Sprengstoffanschlägen, wofür seit Anfang 2013 zwei ehemalige Elitepolizisten vor Gericht stehen. Trotz aller Vertuschungen, sprechen alle Indizien dafür, dass in Luxemburg die geheimen Stay-behind-Armeen der NATO ihre Hände im Spiel hatten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 der bis heute ungeklärte, größte Terroranschlag. Auch hier zeigen sich Verstrickungen zu Geheimdienstkreisen, wobei die vorhandenen Spuren bis heute ignoriert werden und eine Ermittlung „in allen Richtungen“ nie stattgefunden hat. (Also genau das, was wir aktuell auch beim NSU-Prozess erleben.)

Das Buch von Daniele Ganser hat deshalb eine ungebrochene Aktualität und zeigt zugleich eine Schreckensbilanz einer Herrschaftssicherheit mit terroristischen Mitteln, fern jeglicher propagandistischer Ansprüche der NATO, Freiheit und Demokratie zu verteidigen. In den NATO-Ländern Türkei, Griechenland, Italien und Frankreich hatten die Stay-behind-Armeen maßgeblichen Anteil an der Verhinderung demokratisch legitimer Regierungen unter kommunistischer Beteiligung. In anderen Ländern wie Belgien und Luxemburg wurde Terrorismus „geübt“.

„Umsichtige Vorsorge oder Quelle des Terrors?“, fragte die internationale Presse, als die NATO-Geheimarmeen Ende 1990 in ganz Westeuropa entdeckt wurden. Daniele Gansers Schlussfolgerung lautet: „Nach langjährigen Recherchen ist für mich als Historiker die Antwort eindeutig: Die Geheimarmeen waren beides.“

Karl-Heinz Peil

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

[www.friedensnetz.de](http://www.friedensnetz.de) / [buero@friedensnetz.de](mailto:buero@friedensnetz.de)

**100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg,  
15 Jahre Kriegseinsätze der Bundeswehr:**

## Sagt Nein zu Krieg!

Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland, am 3. August Frankreich den Krieg und machte damit aus dem Lokalkrieg Österreich-Ungarns gegen Serbien den ersten „modernen Krieg“, wie das kontinentale Massenschlachten heute gerne genannt wird. 17 Millionen Menschen fanden den Tod.

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und begann damit den Zweiten Weltkrieg, der sich schließlich fast über den gesamten Globus zog. Am Ende waren 60 Millionen Tote zu beklagen.

Am 24. März 1999 erklärte Kanzler Schröder „Wir führen keinen Krieg“. An diesem Tag hatten deutsche Soldaten im Rahmen eines völkerrechtswidrigen Krieges der NATO gegen Jugoslawien damit begonnen, zum dritten Mal Belgrad zu bombardieren. Zum ersten Mal führte die Bundeswehr, die offiziell als reine Verteidigungsarmee gegründet worden war, wieder Krieg. Damit wurde der nach dem 2. Weltkrieg geltende Konsens „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ gebrochen.

Vor jedem dieser Kriege versuchten Friedensbewegung und antifaschistischer Widerstand vergeblich, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Erst nach dem zweiten Weltkrieg fand die Mahnung zum Frieden Eingang ins Völkerrecht und ins Grundgesetz. Dennoch wurde sie von den jeweiligen Bundesregierungen und der übergroßen Mehrheit des Bundestages immer wieder in den Wind geschlagen. Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Eine starke Friedensbewegung bleibt unverzichtbar.

Heute bezeichnet sich die Bundeswehr, die laut Grundgesetz ausschließlich zur Landesverteidigung aufgestellt wurde, selbst als „Armee im Einsatz“. Sie führt Krieg in Afghanistan, sie steht unter Waffen in der Türkei, am Horn von Afrika, vor der libanesischen Küste, im Sudan, im Kongo und in Mali. In Afghanistan

verübte sie das Massaker von Kundus, das 142 Menschenopfer forderte.

Als drittgrößter Waffenlieferant exportiert die deutsche Wirtschaft mit der Zustimmung der Bundesregierung Gewehre und Panzer weltweit sowie ganz aktuell Milan-Raketen zur Kriegseskalation nach Syrien. In vielen Ländern werden deutsche Waffen auf beiden Kriegsfronten eingesetzt. Das ist noch nicht genug: Auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ forderten Außenminister Steinmeier, Bundeswehrministerin von der Leyen und allen voran Bundespräsident Gauck übereinstimmend ein Ende der „Zurückhaltung“ bei Militäreinsätzen und noch mehr militärisches Engagement.

Die Bundeswehr wirbt entgegen der Friedensverpflichtungen von Grundgesetz und Länderverfassungen auf öffentlichen Plätzen, auf Messen, in Jobcentern, an Schulen, Universitäten und in der Lehrerbildung für eine Politik der Kriege und Militäreinsätze und um Nachwuchs für das Militär. Auch wenn die neue Kriegsministerin sich nun für eine familienfreundliche Bundeswehr einsetzt: Krieg kennt keine 4-Tages-Woche, und Krieg ist nicht familienfreundlich: Er ist und bleibt ein mörderisches Handwerk! Krieg und Militäreinsätze gelten heute wieder als allzeit einsetzbares Mittel der Politik. Die Bundeswehr wurde zur Interventionsarmee umgebaut, in den EU-Staaten stehen „Battle Groups“ bereit, die NATO führte Krieg gegen Jugoslawien und Libyen und wurde erst in letzter Minute vorläufig vom offenen Krieg gegen Syrien abgehalten.

Die USA, die größte Militärmacht, hat die Länder der ganzen Welt ihren militärischen Kommandozone zugeordnet. Zwei dieser Befehlszentralen befinden sich in Stuttgart: Das EU-COM für Europa und den Mittleren Osten, das AFRICOM für das gesamte Afrika.

Von Stuttgart aus wurden die Kriege

gegen Jugoslawien, den Irak, Libyen und in Afrika militärisch vorbereitet und organisiert. Deutsche Flughäfen sind der Umschlagplatz für Truppen, Waffen und Kriegsgüter aller Art. Im Stuttgarter AFRICOM, so wurde kürzlich bekannt, werden die Drohnenangriffe im Jemen, im Sudan und in Pakistan geplant und koordiniert. Von hier aus werden gezielt Menschen ohne Anklage und Verfahren außerhalb aller Gesetze hingerichtet. Eine Straftat gegen das Völkerrecht, das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch, an der sich die Bundesregierung mitschuldig macht.

**Das alles wollen wir nicht!**

**Der Rückblick auf die beiden Weltkriege, sollte Anlass genug sein, nun endlich eine Kehrtwendung zu machen:**

**Schluss mit Krieg und Militär.  
Schluss mit Rüstungsproduktion und -export.  
Ächtung und Beseitigung aller Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen.  
Umfassende Abrüstung!  
Schulfrei für die Bundeswehr statt Werbung für Kriegseinsätze  
Zivilklauseln statt Rüstungsforschung.**

**Frieden statt Krieg!  
Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch!**

**Stuttgart Karsamstag,  
19. April 2014**

**11.30 Uhr AFRICOM**

Kelley Barracks / Kaserne Möhringen  
**13.30 Uhr Lautenschlagerstr.**  
beim Hbf

**ca.14.30 Uhr Schloßplatz**

